

Beschluss

Initiator*innen: Landesvorstand Grüne Jugend Thüringen (dort beschlossen am: 10.02.2023)

Titel: Rechtsruck der CDU Thüringen offen benennen & Konsequenzen ziehen!

Antragstext

1 Seit der letzten Landtagswahl gibt es im Thüringer Landtag keine Mehrheit für
2 die Rot-Rot-Grüne Minderheitsregierung mehr, weshalb Beschlüsse im Landtag immer
3 wieder von Stimmen der CDU oder FDP abhängig sind. Vor diesem Hintergrund halten
4 sich die Regierungsparteien in Teilen mit offener Kritik an der CDU zurück. Es
5 gibt jedoch mehr als genug Anlass für massive Kritik!

6 Der zunehmend erkennbare Rechtsruck der CDU Thüringen muss für uns als
7 thüringische Bündnisgrüne Konsequenzen für eine künftige Zusammenarbeit mit der
8 CDU nach sich ziehen. Das Überleben der Demokratie in Thüringen ist davon
9 abhängig, dass alle demokratischen Parteien sich von der AfD abgrenzen. Die CDU
10 kooperiert jedoch mittlerweile regelmäßig auf allen Ebenen mit der AfD. Das
11 bekannteste Beispiel ist die Wahl Thomas Kemmerichs (FDP) zum
12 Ministerpräsidenten durch CDU, AfD und FDP vom 05. Februar 2020 (bekannt als
13 Dambruch). Die Abgeordneten der CDU haben im vollen Bewusstsein lieber einen
14 gemeinsamen Ministerpräsidenten mit der AfD gewählt als irgendeine Form der
15 Kooperation unter den demokratischen Parteien hinzunehmen. Selbst 3 Jahre nach
16 dem Ereignis kann von einer kritischen Reflexion dieser Vorgänge keine Rede
17 sein. Die Weigerung der CDU, Verantwortung zu übernehmen und klare demokratische
18 Mehrheitsverhältnisse durch eine Neuwahl zu schaffen, unterstreicht diese
19 demokratische Verantwortungslosigkeit weiter.

20 Auf Landesebene ist der Dambruch nicht vorbei. Eigentlich gibt es praktisch gar
21 keinen Damm mehr, der noch brechen könnte. Ohne größere öffentliche
22 Aufmerksamkeit stellt die CDU mittlerweile regelmäßig Anträge im Landtag, um

23 rechte Symbolpolitik gegen die Minderheitsregierung der linken Parteien
24 durchzudrücken oder droht eine Kooperation mit der AfD an, um sich
25 durchzusetzen. Beispiele aus dem Jahr 2022 sind die Debatte um Windkraft im Wald
26 und der Antrag zu gendergerechter Sprache, sowie ewige Diskussionen und
27 Änderungsanträge im Haushalt. Inzwischen bleibt es aber nicht mehr bei Anträgen,
28 so wurde dieses Jahr sogar das Spielhallengesetz mit rechter Mehrheit geändert.
29 Die CDU erodiert so jedes letzte bisschen Abgrenzung zur AfD.

30 In Kommunalparlamenten ist die Brandmauer zur AfD schlicht nicht existent. In
31 Gera hat die CDU direkt einen AfD-Kandidaten zum Stadtratsvorsitzenden gewählt.
32 Auch in anderen, oft ländlicheren Kreistagen und Gemeinderäten werden regelmäßig
33 Anträge gemeinsam gestellt oder abgestimmt. Die offizielle Abgrenzung zur AfD,
34 die als Schein gewahrt wird, ist nicht mehr als das: Ein Schein, Rhetorik und
35 leere Worte.

36 Die CDU etabliert die Demokratiefeinde um Björn Höcke so als scheinbar legitime
37 Partei im politischen Wettbewerb, in der Hoffnung, Stimmen am rechten Rand zu
38 fischen. Von einer solchen Politik profitiert im Zweifel aber immer das
39 "Original". Wer Faschist*innen will, wählt die AfD und mit diesem Muster setzt
40 sich die AfD in thüringenweiten Umfragen leider immer weiter durch. Die CDU
41 verkommt in dieser Rolle zu nichts weiter als einem Steigbügelhalter für die
42 AfD, anstatt als eine demokratische Partei der Mitte diese einzuschränken. Auch
43 eine offene Zusammenarbeit wie sie von einigen Politiker*innen innerhalb der CDU
44 gefordert wird, ändert nichts daran.

45 Vor diesen Vorgängen dürfen wir als Thüringer Bündnisgrüne nicht die Augen
46 verschließen, vor allem im Hinblick auf die Landtagswahlen nächstes Jahr. Es ist
47 Zeit Konsequenzen zu ziehen.

48 1. Alle Kreis- und Regionalverbände von Bündnis 90 / Die Grünen in Thüringen
49 sowie der Landesverband müssen entschieden gegen die Kooperation der CDU mit der
50 rechtsextremistischen AfD stehen. Dazu gehört auch, darauf aufmerksam zu machen,
51 wenn sich demokratische Parteien dazu verleiten lassen, mit der AfD zu
52 kooperieren.

53 2. Der Landesvorstand wird dazu aufgefordert bis zur nächsten
54 Landesdelegiertenkonferenz Rote Linien in Bezug auf weitere Kooperationen der
55 CDU mit der AfD aufzustellen, zu beschließen und zu kommunizieren.

56 3. Sofern diese Roten Linien von der CDU übertreten werden, wird der
57 Landesvorstand dazu aufgefordert eine Koalition in der nächsten
58 Legislaturperiode mit der CDU auszuschließen.

59 **Für uns ist klar: Wenn die CDU nicht demokratische Verantwortung übernimmt, wenn**
60 **keine Abgrenzung zur AfD erkennbar wird, ist die CDU nicht nur eine**
61 **unzuverlässige, zweifelhafte Partnerin mit der wir kaum inhaltliche Schnittmenge**
62 **haben, sondern ganz grundsätzlich keine Partnerin!**

Begründung

Erfolgt mündlich.